

Eine Vitaminspritze für die AHV

Von Rudolf Rechsteiner*

Die 10. AHV-Revision war die letzte grosse AHV-Revision, die vom Volk gutgeheissen wurde. Sie datiert von 1995, brachte Rentensplitting und Erziehungsgutschriften für Familien. Erziehungsarbeit wurde erstmals anerkannt, Männerbeiträge wurden neu häufig den Ehefrauen gutgeschrieben und umgekehrt. Die AHV wurde so zu einer der modernsten Sozialversicherungen Europas.

Die Revision war keineswegs unbestritten. Doch von den Freisinnigen bis zur SP stellten sich namhafte Personen hinter die Revision und überwand den Widerstand aus den Gewerkschaften gegen die Anhebung des Frauenrentenalters von 62 auf 64. Dies alles war möglich in einer Zeit, als die Schweizer Wirtschaft kriselt!

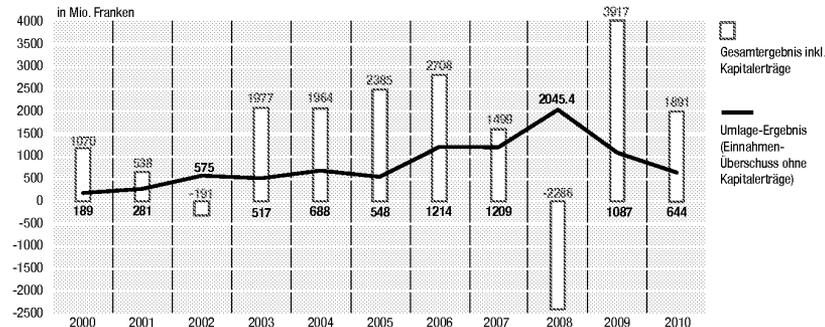
Ab 1999 floss ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent in die AHV, dem die Stimmberechtigten sechs Jahre zuvor zugestimmt hatten. Die Beitragserhöhung aus der Mehrwertsteuer hat die AHV-Finanzierung sehr wirksam

Eine Entwarnung in Sachen AHV-Finzen ist heute nicht mehr angesagt.

gesichert. Über 25 Milliarden Franken flossen seither zusätzlich in den AHV-Fonds. Hätte es diese Mehreinnahmen nicht gegeben, stünde der AHV-Fonds heute nicht bei 120, sondern bei unter 50 Prozent einer AHV-Jahresausgabe. Der Druck in Richtung Renten Kürzungen wäre immens.

Seit den erfolgreichen Revisionen in den 90er-Jahren verlaufen alle AHV-Reformen im Sand. Der Grund: Ein echter Handlungsbedarf bestand gar nicht. Die Bürgerlichen operierten zwar

AHV-BETRIEBSERGEBNIS, ANLAGEERTRAG UND UMLAGEERGEBNIS



Keine Entwarnung. Das AHV-Umlageergebnis war 2010 noch 644 Millionen Franken im Plus. Grafik BAZ/dh

mit Horrorszenerarien. Doch die AHV schrieb stets schwarze Zahlen. Und die Rechtsbürgerlichen, die seit über zehn Jahren im Bundesrat den Ton angeben, machten aus jeder AHV-Reform ein Paket mit Leistungsabbau. Und scheiterten. Man beklagte zwar die dramatische Demografie. Von Mehreinnahmen war jedoch keine Rede. Die 11. AHV-Revision wurde 2004 mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Der zweite Anlauf mit identischem Profil scheiterte vor einem Jahr in der Schlussabstimmung im Nationalrat.

Nun nimmt Bundesrat Burkhalter einen neuen Anlauf. Die Rechnungsperspektiven der AHV wurden im Mai revidiert, und siehe da: «Diese Szenarien-Rechnungen weisen keine grossen Unterschiede mehr auf zu jenen des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds», kommentierte die NZZ, welche die AHV gern in schrillen Tönen kommentiert. Quintessenz des neuen AHV-Berichts: «Das Umlageergebnis dürfte gegen 2020 deutlich negativ werden. Die aus dem Ausgleichsfonds der AHV erwirtschafteten Kapitalerträge (1,25 Milliarden Franken im Jahre 2010) werden

dann nicht mehr genügen, um diese Defizite aufzufangen. Das wird dazu führen, dass auch das Betriebsergebnis der AHV negativ wird.»

Eine Entwarnung in Sachen AHV-Finzen ist heute nicht mehr angesagt. 2010 sank der Umlagebeitrag – die Differenz von Einnahmen und Ausgaben ohne Zinsen – zum zweiten Mal ab (Grafik). Der hohe Franken und der absehbare Rückgang der Beschäftigung könnten auch der AHV sehr schnell böse zu schaffen machen. Die rekordtiefe Zinsen ebenso. Geht die Zuwanderung zurück, verengt der wichtigste Motor zusätzlicher AHV-Beiträge. Was es nun bräuhete, ist ein nationaler Konsens wie zu Beginn der 90er-Jahre: dauerhafte Mehreinnahmen und eine Angleichung des Rentenalters, ohne sozialpolitisch extreme Härten.

Vorbehalte gegen die Wucherung der Bürokratie sind bei der AHV nicht am Platz. Das Umlageverfahren führt nicht zu gigantischer Kapitalanhäufung. Die Abläufe sind transparent und kostengünstig. Missbräuche dank dem biologisch definierten Eintrittsalter sehr selten. Zusätzliche Beiträge für zusätz-

liche Belastungen – wer will sich dieser Logik ernsthaft entziehen? Woher das Geld nehmen? Zur Diskussion stehen Mehrwertsteuer, Energiesteuer oder Erbschaftsteuer. Meine Präferenz liegt bei der Erbschaftsteuer, denn sie könnte die wachsende Schere bei den Vermögen etwas ebnen und belastet die Wirtschaft kaum.

Die AHV braucht diese Vitaminspritze noch in diesem Jahrzehnt. Die Pensionskassen haben viel mehr Mühe, ihre Leistungen zu erbringen. Nach der Immobilienblase (1991), der Dotcom-Blase (2000) und der Finanzkrise (2008–2010) sind nun in der Euro-Krise nicht einmal mehr Staatspapiere vor Verlusten sicher. Es gibt gute Gründe, zur AHV Sorge zu tragen.



* Rudolf Rechsteiner (1958) ist Ökonom und war Nationalrat (BS, SP) von 1995 bis 2010.